

# Presseinformation

Potsdam, 14. August 2009

Trotz der positiven Nachricht, dass in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im II. Quartal 2009 um 0,3 Prozent gewachsen ist, kann keine Entwarnung gegeben werden. Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher Ralf Christoffers:

## **Wahlprogramm der LINKEN ist ein Stabilisierungsprogramm für Brandenburg**

Entgegen den Erwartungen, dass mit dem ersten zarten Anwachsen des BIP um 0,3 Prozent in Deutschland die Wirtschaftskrise vorbei sei, geht DIE LINKE davon aus, dass die Auswirkungen ab dem 2. Halbjahr 2009 auf den Arbeitsmarkt durchschlagen werden. Neben der Stabilisierung der Wirtschaft und der Beschäftigung steht nach der bundesweiten Rekordverschuldung die Sanierung der öffentlichen Haushalte an. Weitere dringende Aufgaben, die angegangen werden müssen, sind die verzögert anspringende Binnenkonjunktur die Rekonstruktion des Finanz- und Bankensektors.

Die Vorzeichen für Brandenburg sind momentan nicht positiv. So ist davon auszugehen, dass in Brandenburg die Industrieumsätze im Juni 2009 um fast 9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind.

Aus Sicht der LINKEN müssen neben der aktuellen Krisenbewältigung auch die strukturellen Probleme und Defizite umgehend angegangen werden. Dazu zählt die Stärkung der Binnennachfrage, z.B. durch die Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen, die Sicherung der Investitionsfähigkeit von Land und Kommunen und auch die Sicherung des Zugangs zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt.

Als Eckpunkte eines Stabilisierungsprogramms für Brandenburg schlägt DIE LINKE vor:

- Die Übergabe des 100 Mrd. Euro Fonds aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung, welcher Unternehmen unter anderem mit Krediten versorgen soll, bis zu 60 % in die Verantwortung der Länder.
- Die Fortführung eines öffentlichen kommunalen Investitionsprogramms.
- Den Ausbau bzw. die Auflage von Bürgerschafts- und Beteiligungsprogrammen, damit die brandenburgischen Unternehmen und freien Berufe, einschließlich landwirtschaftliche Betriebe, einen besseren Zugang zum Finanz- und Kreditmarkt bekommen.

DIE LINKE Fraktion  
im Landtag Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam  
Pressesprecherin:  
Alexa Lamberz  
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37  
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40  
E-Mail: [pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

- Die Auflage von Mikrokrediten und eines Start-Up-Fonds. Mit Hilfe dieser Programme sollen Unternehmen bzw. ihre Ideen finanziell gefördert werden, die nicht auf bankenübliche Finanzierungsinstrumente bauen können. Der Fonds soll Unternehmen sowohl in der Vorgründung, während der Gründung als auch bei Erweiterungen zu Gute kommen.
- Die verstärkte Ergänzung des Schwerpunktes Zuschussfinanzierung mit der Darlehensfinanzierung (Auflage von revolvingierenden Fonds).
- Die Einrichtung einer Exportkreditversicherung auf Ebene des Landes für Klein- und Mittelunternehmen und freie Berufe.
- Eine verstärkte institutionelle und politische Zusammenarbeit in der Wirtschaftsentwicklung und -förderung mit Berlin. Diese könnte bei der schrittweisen institutionellen Zusammenlegung der Technologieförderung beginnen.
- Die Auflage eines kommunalen Ausgleichsfonds für die strukturarmen Regionen im Rahmen der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur.

Aus der Strukturfonds der EU und dem ELER stehen Brandenburg bis zum Jahr 2013 rund 3 Mrd. Euro Fördermittel zur Verfügung. Der Einsatz dieser Mittel bestimmt im Wesentlichen in welcher Form und welchen Inhalten die Stabilisierung und Entwicklung in Brandenburg erfolgt. Die vorhandenen Einsatzmöglichkeiten hat die Landesregierung bisher nicht ausgeschöpft. Deshalb schlagen wir für eine Neuausrichtung des Einsatzes der EU-Strukturfondsmittel folgende Maßnahmen vor:

- Die Ausweitung einer auf revolvingierenden Fonds basierenden Wirtschaftsförderung in einem Umfang von ca. 250 Mio. Euro für eine nachhaltige Förderpolitik. Auch vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise ist dabei die Auflage eines revolvingierenden Eigenkapitalfonds bedeutsam. Nach wie vor haben brandenburgische Unternehmen eine schlechte Eigenkapitalsituation und ihr Zugang zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt ist erschwert.
- Mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung muss in Brandenburg die Möglichkeit eröffnet werden, nicht nur Abriss zu fördern, sondern auch den Neubau von Wohnungen in Städten (mit einer Sondersituation, wie z.B. Falkensee oder Potsdam) zu ermöglichen. Unter Nutzung der Kreuzfinanzierung von EFRE- und ESF-Mitteln zum Stadtumbau und zum Stadteilmanagement müssen diese inhaltlich, finanziell und personell miteinander verbunden werden, um öffentliche Daseinsvorsorge und Lebensqualität zu erhalten. Für Doppelstädte wie Frankfurt (Oder) und Slubice oder Guben und Gubin ist eine Kreuzfinanzierung zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu ermöglichen.
- Im Bereich der Technologieförderung müssen mit Hilfe der Kreuzfinanzierung Programme aufgelegt werden, mit denen über Projekte und Maßnahmen nicht nur Personen, sondern auch Sachkosten und Investitionen gefördert werden können.